

Änderung der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)

Autor: Ursula Aich
Stand: Januar 2005

1 Historie

Mit der Betriebssicherheitsverordnung wurde das Recht im Bereich der Betriebs- und Anlagensicherheit im Jahre 2002 völlig neu geordnet. Die Regelungen für die Bereitstellung und Benutzung von Arbeitsmitteln und die Regelungen für den Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen wurden vereinheitlicht und zusammengefasst. Nachdem die Verordnung seit etwa zwei Jahren in Kraft ist, haben sich in der Praxis einige nicht gewollte Verschärfungen des bisherigen Rechts, vor allem im Bereich der Druckanlagen, gezeigt, die zurückgenommen werden sollten. Außerdem ist es notwendig, an einigen Stellen eine Klarstellung des Gewollten vorzunehmen. Mit der Artikelverordnung (Verordnung zur Anpassung der Gefahrstoffverordnung an die EG-Richtlinie 98/24/EG und andere EG-Richtlinien) im Zusammenhang mit der Änderung der Gefahrstoffverordnung, die am 24.09.2004 im Bundesrat verabschiedet worden ist, sind nun auch die notwendigen Änderungen der Betriebssicherheitsverordnung (Art. 9 der Artikelverordnung) erfolgt. Die Artikelverordnung ist am 29. Dezember 2004 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden (BGBl. I Nr. 74 S. 3813).

2 Zu den einzelnen Änderungen

2.1 Aufzugsanlagen

Bezüglich der Aufzugsanlagen nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b BetrSichV wird klargestellt, dass nicht alle Maschinen im Sinne des Anhangs IV Buchst. A Nr. 16 der RL 98/37/EG zu den überwachungsbedürftigen Aufzugsanlagen gehören. Nur dann, wenn die Anlagen ortsfest und dauerhaft montiert, installiert und betrieben werden, handelt es sich um überwachungsbedürftige Anlagen. Folgende Anlagen sind vom Anwendungsbereich des 3. Abschnitts der BetrSichV grundsätzlich ausgenommen:

- Schiffshebewerke,
- Geräte und Anlagen zur Regalbedienung,
- Fahrtreppen und Fahrsteige,
- Schrägbahnen,
- handbetriebene Aufzugsanlagen,
- Fördereinrichtungen, die mit Kranen fest verbunden und zur Beförderung der Kranführer bestimmt sind,
- versenkbare Steuerhäuser auf Binnenschiffen.

Damit wird der Katalog der Aufzugsarten, die auch von der Anwendung der Verordnung über Aufzugsanlagen ausgeschlossen waren, in die Betriebssicherheitsverordnung übernommen.

2.2 Erlaubnispflichten bei Füllanlagen für Druckgase

Aufgrund der Formulierung der Erlaubnispflichten für Füllanlagen ergab sich für so genannte "Gas-Tankstellen" (Füllanlagen im Sinne des § 2 Abs. 12 Nr. 3 BetrSichV) die Frage, ob diese Anlagen der Erlaubnispflicht unterliegen. Diese Füllanlagen, die dazu bestimmt sind, dass in ihnen Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge mit Druckgasen befüllt werden, sind jetzt in § 13 Abs. 1 Satz 1 BetrSichV ausdrücklich erwähnt.

Damit wird die Erlaubnispflicht für Füllanlagen zur Abgabe von Druckgasen an Fahrzeugen entsprechend der bis zum 31.12.2002 verbindlichen Druckbehälterverordnung klargestellt.

Es ist nicht auszuschließen, dass seit dem In-Kraft-Treten der Betriebssicherheitsverordnung solche Anlagen ohne eine Erlaubnis nach § 13 BetrSichV errichtet worden sind und betrieben werden. Um zu vermeiden, dass für diese Anlagen, die durch diese Änderung betroffen sind und die bisher befugt betrieben worden sind, im Nachhinein noch ein entsprechendes Erlaubnisverfahren durchzuführen ist, ist die Übergangsregelung des § 27 Abs. 2 BetrSichV auch auf die Anlagen ausgeweitet worden,

Kommentierung der Änderungen der BetrSichV

die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem In-Kraft-Treten der Änderungen erstmals betrieben worden sind.

2.3 Prüferleichterungen bei Druckanlagen

1. Bei folgenden Anlagen können die Prüfungen nach § 14 Abs. 1 BetrSichV künftig durch eine befähigte Person vorgenommen werden:

- a. Röhrenöfen in verfahrenstechnischen Anlagen, soweit es sich um Rohranordnungen handelt;
- b. ausschließlich aus Rohranordnungen bestehenden Druckgeräten in Kälte- und Wärmepumpenanlagen;
- c. Kondenstöpfen und Abscheidern für Gasblasen, wenn der Gasraum bei Abscheidern auf höchstens 10 vom Hundert des Behälterinhalts begrenzt ist;
- d. dampfbeheizten Muldenpressen sowie Pressen zum maschinellen Bügeln, Dämpfen, Verkleben, Fixieren und dem Fixieren ähnlichen Behandlungsverfahren von Kleidungsstücken, Wäsche oder anderen Textilien und Ledererzeugnissen;
- e. Pressgas-Kondensatoren und
- f. nicht direkt beheizten Wärmeerzeugern mit einer Heizmitteltemperatur von höchstens 120 °C und Ausdehnungsgefäßen in Heizungs- und Kälteanlagen mit Wassertemperaturen von höchstens 120 °C.

Auch die wiederkehrenden Prüfungen können bei diesen Anlagen von befähigten Personen vorgenommen werden.

Mit dieser Änderung werden die bisher in der Druckbehälterverordnung genannten Ausnahmen des § 8 Abs. 3 in die Betriebssicherheitsverordnung übernommen. Die in § 8 Abs. 3 Nr. 3 DruckbehV genannte Ausnahme ist im Anhang 5 Nr. 11 der Betriebssicherheitsverordnung aufgeführt.

2. Ortsbewegliche Kohlensäure- und Halonlöscher (Anhang 5 Nr. 6 BetrSichV)

Ortsbewegliche Kohlensäure- und Halonbehälter werden den ortsfesten Behältern gleichgestellt. Es gibt keinen sachlichen Grund, nur für die ortsfesten Behälter Prüferleichterungen vorzusehen. Mit dieser Änderung wird die ehemalige Verfahrensweise nach Abschnitt 3 Druckbehälterverordnung wieder aufgenommen, wonach Druckgasbehälter nur nach ganzer oder teilweiser Entleerung vor der Wiederbefüllung wiederkehrend geprüft werden mussten.

3. Tragbare Feuerlöscher, die als Baugruppe in den Verkehr gebracht werden

In Anhang 5 Nr. 6 BetrSichV ist ein neuer Absatz 1 eingefügt worden, der bestimmt, dass für tragbare Feuerlöscher, die als funktionsfertige Baugruppe in Verkehr gebracht werden, die Prüfung vor Inbetriebnahme entfällt. Die wiederkehrenden Prüfungen dürfen bei diesen Feuerlöschern durch eine befähigte Person durchgeführt werden, wenn das Produkt aus maximal zulässigem Druck PS und maßgeblichem Volumen V nicht mehr als 1000 bar/Liter beträgt.

Dies entspricht den Regelungen nach Druckbehälterverordnung bis 31.12.2002.

2.4 Mitteilung der Prüffristen

Zu der Mitteilung der Prüffristen an die zuständige Behörde nach § 15 Abs. 3 Satz 3 BetrSichV erfolgt eine Klarstellung, dass die Prüffristen solcher überwachungsbedürftiger Anlagen nicht mitgeteilt werden müssen, die zwar erstmalig von der zugelassenen Überwachungsstelle geprüft werden müssen, wiederkehrend jedoch von befähigten Personen geprüft werden dürfen. Diese Änderung ist sinnvoll, weil nur Anlagenteile, die wiederkehrend von einer zugelassenen Überwachungsstelle zu prüfen sind, in das Anlagenkataster aufgenommen werden sollen.

2.5 Flaschen für Atemschutzgeräte

In § 15 Abs. 7 Nr. 2 BetrSichV ist die Einschränkung auf Tauchgeräte für Arbeits- und Rettungszwecke entfallen. In Fortführung des bisherigen Rechts nach DruckbehV i. V. m. TRG 102 erfolgt damit eine Gleichstellung aller Flaschen für Atemschutzgeräte, die als Tauchgeräte verwendet werden und gewerblichen oder wirtschaftlichen Zwecken dienen oder durch die Beschäftigte gefährdet werden.

2.6 Änderung der Übergangsbestimmungen

§ 27 Abs. 3 und 4 BetrSichV sind zur Klarstellung des Gewollten geändert worden. Die Betreiber von überwachungsbedürftigen Anlagen, die vor dem 01.01.2003 bereits erstmalig in Betrieb genommen

Kommentierung der Änderungen der BetrSichV

worden sind, sollen spätestens nach der Übergangsfrist am 31.12.2007 die Betriebsvorschriften der Betriebssicherheitsverordnung anwenden. Die bisherige Formulierung in § 27 Abs. 3 BetrSichV führte zu unterschiedlichen Auslegungen und hätte so verstanden werden können, dass die Verpflichtungen nach § 15 Abs. 1 und Abs. 2 zu erfüllen seien, nicht aber die sonstigen Betriebsvorschriften, z. B. nach §§ 18, 19 BetrSichV. Durch die Änderung ist klargestellt worden, dass die Betreiber alle Betriebsvorschriften **mit Ausnahme von § 15 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4** zu erfüllen haben. Danach haben die Betreiber unter anderem die Fristen für wiederkehrende Prüfungen zu ermitteln, **nicht erforderlich ist jedoch die Überprüfung dieser Prüffristmittlung durch eine zugelassene Überwachungsstelle und die Übermittlung der Prüffrist und der anlagenspezifischen Daten an die zuständige Behörde.**

Die Betreiber von überwachungsbedürftigen Anlagen, die vor dem 01.01.2003 nicht von einer Rechtsverordnung nach § 11 GSG erfasst wurden und die vor diesem Zeitpunkt bereits errichtet waren oder mit deren Errichtung begonnen wurde, müssen spätestens nach der Übergangsfrist 31.12.2005 die Betriebsvorschriften der Betriebssicherheitsverordnung anwenden. Die bisherige Formulierung in § 27 Abs. 4 BetrSichV hat ebenfalls zur Klarstellung des Gewollten eine Änderung erfahren. Danach haben die Betreiber unter anderem die Fristen für wiederkehrende Prüfungen zu ermitteln, nicht erforderlich ist jedoch die Übermittlung der Prüffrist und der anlagenspezifischen Daten an die zuständige Behörde. Im Vergleich zu den "Altanlagen", die von § 27 Abs. 3 BetrSichV erfasst werden, ist hier auch die Überprüfung der Prüffristen durch eine zugelassene Überwachungsstelle erforderlich, da für diese Anlagen das System der wiederkehrenden Prüfungen nach einer Verordnung nach § 11 GSG neu ist.

2.7 Explosionsschutz

In § 14 Abs. 3 Satz 2 BetrSichV ist die Angabe "Nr. 2 und 3" durch die Angabe "Nr. 1 bis 3" ersetzt worden. Damit wird klargestellt, dass nicht nur die Prüfung der Einzelkomponenten, sondern auch die Prüfung der gesamten überwachungsbedürftigen Anlage im explosionsgefährdeten Bereich im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BetrSichV durch die befähigte Person erfolgen darf. Dies gilt auch für die wiederkehrenden Prüfungen. Damit besteht für die Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BetrSichV auch keine Verpflichtung zur Datenübermittlung nach § 15 Abs. 3 BetrSichV.

Der § 14 Abs. 6 BetrSichV ist zur Klarstellung des Gewollten neu gefasst worden. Mit der Regelung des § 14 Abs. 6 BetrSichV ist beabsichtigt, das bewährte Verfahren aus der bis zum 31.12.2002 verbindlichen Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen in die Betriebssicherheitsverordnung zu überführen. Da sich diese Regelung ausschließlich auf die Instandsetzung von Geräten, Schutzsystemen sowie Sicherheits-, Kontroll- und Regelvorrichtungen beziehen soll, nicht aber auf die Instandsetzung kompletter Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen, dient diese Änderung der Klarstellung des Gewollten.

2.8 Wiederkehrende Prüfung von Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BetrSichV

Die Regelungen für die wiederkehrende Prüfung der überwachungsbedürftigen Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BetrSichV ("VbF-Anlagen") ist entsprechend der bis 01.01.2003 geltenden Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) geändert worden. § 15 Abs. 6 BetrSichV wurde dementsprechend ergänzt.

Mit dieser Änderung sind auch Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen im Sinne von § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BetrSichV ("Ex-Anlagen"), die Anlagenteile einer Anlage nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BetrSichV sind, im Rahmen der Prüfung der Gesamtanlage spätestens alle fünf Jahre durch eine zugelassene Überwachungsstelle wiederkehrend zu prüfen. Die Änderung vereinfacht die Prüfregelungen für Anlagen nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BetrSichV, indem eine einheitliche Prüffrist für die überwachungsbedürftigen Anlagen festgelegt wird. Damit ist der Vorschlag für die Betreiber der überwachungsbedürftigen Anlagen auch wirtschaftlicher bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit von Beschäftigten und Dritten. Diese Änderung entspricht auch weitgehend den bisher für diese Anlagen geltenden Prüfregelungen in der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF).